



NIEDERSCHRIFT

über die 32. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 11.12.2012,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:50



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

ab 17.18 Uhr TOP 1 ö.S.

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau GmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold

(Ortsvorsteherin Dammheim)

Michael Niedermeier

(Leiter Pressestelle)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Heidi Berger



Bündnis 90/Die Grünen

Dietrich Herdel

FDP

Otto Pfaffmann

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Der Vorsitzende teilte mit, dass Herr Bürgermeister Hirsch erkrankt sei und sich einem operativen Eingriff unterziehen müsse. Er werde ihm auch im Namen des Stadtrates Genesungswünsche übermitteln.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung der Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 8 der nichtöffentlichen Sitzung „Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters; Aufnahme von Kommunaldarlehen“

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Margot und Lothar Grimmeiß
4. Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2016, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler-Stiftung sowie Beteiligungsberichte
Vorlage: 200/098/2012
- 4.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Haushaltssatzung 2013-Aufnahme Maßnahme Parkplatz Zweibrücker Straße
Vorlage: 101/160/2012
- 4.2. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2013
Vorlage: 820/087/2012
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 060/015/2012
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 060/020/2012
7. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 060/016/2012
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 060/019/2012



9. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: 060/017/2012
10. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 060/018/2012
11. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 101/159/2012
12. Erweiterung des Partnerschaftsbezirks mit der Partnergemeinde Ruhango in Ruanda
Vorlage: 100/079/2012
13. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Änderungsplanung beim Bebauungsplan C 25 "Konversion Landau Süd/Landesgartenschau" (Wohnpark Am Ebenberg)
Vorlage: 101/158/2012
14. Überörtliche Rechnungsprüfung
- 14.1. Prüfung der Grundstücksveräußerungen "Wohnpark Am Ebenberg", erste Vermarktungstranche, durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz
Vorlage: 100/077/2012
- 14.2. Einholung eines Gutachtens beim Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz
Vorlage: 100/080/2012
15. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/101/2012
16. 5. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 200/097/2012
17. Jahresabschluss 2011 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/161/2012
18. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2013 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung
Vorlage: 860/162/2012
19. Wirtschaftsplan 2013 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: 810/002/2012
20. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 230/139/2012
21. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz, Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen Ausbauraufwand
Vorlage: 600/058/2012



22. Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen, Hinweisschildern und Warenautomaten zum Schutz der Landauer Altstadt sowie der gründerzeitlichen Gebäude und baulichen Anlagen der Landauer Innenstadt, Bahnhofsumfeld und Cornichonstraße, Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/192/2012
23. Windenergie im Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz - Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung der (1. sachlichen Teil) Fortschreibung "Windenergie" des Flächennutzungsplanes 2010 aus dem Jahr 2009
Vorlage: 610/195/2012
24. Windenergie im Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz - Aufstellungsbeschluss der 2. sachlichen Teilfortschreibung "Windenergie 2013" des Flächennutzungsplanes 2010, Beschluss der Standortuntersuchungskriterien
Vorlage: 610/194/2012
25. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ND 8 "Gewerbegebiet Am Kreisel Landau-Nord"
Vorlage: 610/196/2012
26. Konversion Landau-Süd, Modernisierungsrichtlinie für die Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nach §§ 136 ff BauGB an privaten Gebäuden innerhalb des Anpassungsgebietes „Teilbereich Südstadt“ der Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“, Erneute Beschlussfassung
Vorlage: 610/198/2012
27. Gestattungsvertrag zum Bau und Betrieb des zentralen Busbahnhofes
Vorlage: 660/052/2012
28. Bebauungsplan C 32 "Fußgänger- und Radfahrerbrücke zwischen Gewerbepark "Am Messengelände" und "Wohnpark Am Ebenberg" - Satzungsbeschluss
Vorlage: 860/160/2012
29. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Dumröse sprach die schlechte Akustik im Ratssaal an und bat darum, Lösungen zu suchen um die Ratsmitglieder besser zu verstehen.

Der Vorsitzende erklärte, dass man derzeit an Lösungen arbeite, wie man ohne den Einbau einer teuren Parlamentsanlage Verbesserungen schaffen könne. Er denke, dass man dies im Verlauf des ersten Halbjahres 2013 umsetzen könne.

Herr Dumröse bat weiter um Auskunft, wie es sein könne dass am Tag nach dem Stadtratsbeschluss zum Umbau der Fußgängerzone bereits am frühen Morgen die Bäume in der Gerberstraße entfernt werden.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es zwei Bürgerforen zur Gestaltung der Gerberstraße gegeben habe. Es habe dabei ein großes Einverständnis gegeben, dass die Bäume in der Gerberstraße weggenommen werden. Die beauftragte Firma sei bereits vorinformiert gewesen und sei am frühen Morgen nach dem Ratsbeschluss offiziell beauftragt worden. Wann ein Stadtratsbeschluss umgesetzt werde, sei Sache des Vorsitzenden und müsse man ihm überlassen.

Herr Dr. Strack sprach die Landauer Gespräche an, die Landau bundesweit bekannt gemacht hätten. Er könne die Entscheidung, diese aus Kostengründen mit den Akademiegesprächen zu verschmelzen, nicht nachvollziehen. Ihn interessiere, wie hoch die Kosten für die Landauer Gespräche gewesen seien. Weiter frage er, ob es nicht die Möglichkeit einer besseren Vermarktung gegeben hätte.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Gründe bekannt seien, die zum Aufgehen der Landauer Gespräche in den Akademiegesprächen geführt habe. Die Zeiten hätten sich geändert, die Landauer Gespräche in ihrer ursprünglichen Form gebe es nicht mehr. Natürlich hätte es einen anderen Charakter durch die Akademiegespräche. Es sei zunehmend schwerer, prominente Gesprächspartner zu finden. Die Verwaltung könne das nicht mehr leisten. Die Kosten seien nicht der Grund gewesen für die Entscheidung, hätten bei jeweils ca. 10.000 Euro gelegen.

Herr Dr. Strack wollte weiter wissen, wie hoch im Haushalt der Etat für Kultur sei.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Kulturetat für 2013 nicht verändert worden sei und bei 0,7 % des Ergebnishaushaltes liege. Dies sei ein Wert, bei dem sich weitere Kürzungen verbieten.

Herr Meißner fragte, ob nach den Prüfungen des Landesrechnungshofes nun auch der Verkauf der Vinothek rückgängig gemacht werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass es keinen Grund gebe den Verkauf rückgängig zu machen. Als Stadt gehe man immer noch davon aus, dass das Wertgutachten korrekt sei. Es habe eine öffentliche Ausschreibung gegeben und daraufhin 3 Gebote, die alle über dem Gutachten gelegen hätten. Man habe nicht unter Wert verkauft. Die Stadt habe hier eine dezidiert andere Meinung als der Rechnungshof.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Für das verstorbene Ratsmitglied Kurt Ludwig rückt Herr Rudolf Boesche in den Stadtrat nach und wird Mitglied der SPD-Fraktion.

Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Boesche per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 30 Abs. 2 Gemeindeordnung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Margot und Lothar Grimmeißen

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste des Ehepaares Margot und Lothar Grimmeißen. Die Stadt ehre heute zwei Legenden des Sports, die andere zu Höchstleistungen angeregt habe. Seit über 40 Jahren trainiere das Ehepaar Grimmeißen Kinder, Jugendliche und Aktive in allen leichtathletischen Disziplinen außer dem Stabhochsprung. Schätzungsweise mehr als 1000 Titel seien in dieser Zeit gewonnen worden. Es sei schon fast kein Hobby mehr, denn pro Woche kämen 25 Stunden Training zusammen. Eiserner Wille und eine vorbildliche Einstellung unter Inkaufnahme familiärer Entbehrungen zeige das außergewöhnlich hohe Engagement von Herrn und Frau Grimmeißen. Beide seien nicht nur Sport-Lehrer, sondern auch „Lebens-Lehrer“. Dafür sei die Stadt Landau zu großem Dank verpflichtet. Menschen wie das Ehepaar Grimmeißen würden die Stadt so reich machen wie sie ist.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung dieser außergewöhnlichen sportlichen Verdienste in der Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte dem Ehepaar Margot und Lothar Grimmeißen die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Grimmeißen bedankte sich auch im Namen seiner Frau für die Ehrung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2016, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler-Stiftung sowie Beteiligungsberichte

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 15. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Die Stadt Landau sei auf Erfolgskurs und habe in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung genommen. Er erinnere hier nur an das Freibad, das Stadion, den Obertorplatz und die Schulsanierungen. Beigetragen hätten auch Gewerbeansiedlungen wie beispielsweise die Firma Eberspächer, die 260 Arbeitsplätze bringe. Es gebe ein großes Vertrauen in den Standort Landau. Man habe 2012 mit 24 Millionen Euro ein Rekordergebnis bei der Gewerbesteuer erzielt. Wichtig sei, Landau als Ganzes zu erkennen und keinen Unterschied mehr zu machen zwischen harten und weichen Standortfaktoren. Diese müssten sich ergänzen. Ebenso wichtig wie ein guter Autobahnanschluss seien auch Kindertagesstätten, Betreuungszeiten und die schulische Infrastruktur. Dies sei nicht immer so gewesen. In manchen Dingen sei Landau auch viele Jahre Schlusslicht gewesen.

Gemeinsam habe man die Zukunft der Stadt gestaltet, Hürden überwunden und ideologischen Ballast abgeworfen. Allein in die Schulsanierungen seien mehr als 30 Millionen Euro investiert worden. Man habe auch den Gewerbesteuerhebesatz von 410 auf 399 % gesenkt und das werde auch so bleiben. Das Prinzip sei immer gewesen, ein hervorragendes Investitionsklima in der Stadt zu haben. Es gebe kurze Genehmigungsverfahren und ein attraktives Gewerbegebiet. Gemeinsam habe man in den letzten Jahren die richtigen Investitionen durchgeführt in den Hauptbahnhof, die Ostbahnstraße, den Obertorplatz, den Untertorplatz und die Fußgängerzone. Die Landesgartenschau werde ihre Spuren hinterlassen in Landau. Auch die Privaten ziehen mit und investieren ebenfalls kräftig. Er erinnere nur an den innerstädtischen Wohnungsbau, das Deutsche Tor, das Parkhaus Am Großmarkt, die Studentenwohnheime und das Laborgebäude der Universität. Landau sei und bleibe auf gutem Kurs. Selbstverständlich gebe es auch Rückschläge. So erlebe man derzeit, dass die von seinem Vorgänger entwickelte Strategie von erschwinglichen Baulandpreisen durch das Vorgehen des Rechnungshofes empfindlich gestört werde. Es bringe aber nichts, im Ärger zurückzuschauen, der Blick sei nach vorne gerichtet. In einem Strategiegelgespräch sei vereinbart worden, 2013 gemeinsam mit der DSK ein aktives Flächenmanagement zu betreiben.

Nach kompakten und effizienten Haushaltsberatungen könne er heute dem Rat einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Mit dem hohen Investitionsvolumen sichere man die Zukunftsfähigkeit Landaus und halte gleichzeitig eine große Haushaltsdisziplin. Dies sei der Garant für die weitere prosperierende Entwicklung unserer Stadt. Den Erträgen von rund 116 Millionen Euro stehen weitere Aufwendungen von rund 129,5 Millionen Euro gegenüber, so dass der Fehlbetrag bei rund 13,4 Millionen Euro liegt. Von einem Haushaltsausgleich sei man immer noch weit entfernt. Die Zinslast sei die logische Folgerung unseres strukturell unterfinanzierten Haushalts. Der Ausbau der Kindergartenplätze, die Eingliederungshilfe, die Altenhilfe und die Schülerbeförderung würden uns Lasten aufbürden die man tragen müsse. Allein für Jugend und Soziales habe man Aufwendungen von rund 51 Millionen Euro, eine erneute Steigerung von 1,2 Millionen Euro. Dies schaffe die Wirtschaftskraft unserer Stadt nicht. Parallel dazu käme eine Steigerung von 1,3 Millionen Euro an Umlagen als Folge unserer gestiegenen Finanzkraft. Dies sei geradezu paradox. Einerseits sei man bettelarm und zugleich überdurchschnittlich finanzstark. Natürlich sei man dankbar für die Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund und die angekündigte Kostenübernahme bei den Eingliederungshilfen. Dies reiche aber bei weitem nicht aus. Die Reform des Finanzausgleiches sei genauso unerlässlich wie eine Reform der Kostenverteilung bei den Sozialleistungen. Von den nahezu 51 Millionen Euro für den Bereich Jugend und Soziales seien mehr als die Hälfte, nämlich 30 Millionen Euro, von der Stadt aufzubringen. Dies bedeute, dass die Gewerbesteuereinnahmen nicht ausreichen um die Soziallasten zu finanzieren. Es werde immer deutlicher, dass man die Sozialstandards nicht werde halten können.



Im Finanzhaushalt finanziere man die Tilgungsleistungen faktisch durch das gleichzeitige Überziehen der Girokonten, also der Finanzierung der Tilgung durch Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung. Für den Privatmann würde dies den Gang in die Privatinsolvenz bedeuten. Der Kommunale Entschuldungsfonds habe diese Entwicklung nicht gestoppt, sondern nur verlangsamt. Das Investitionsvolumen betrage 2013 rund 34 Millionen Euro, der Kreditbedarf liege bei rund 4,1 Millionen Euro. Damit könne er dem Stadtrat einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen und man habe die Bugwelle im Griff. Dies aber nur wenn absolute Haushaltsdisziplin herrsche und neue Investitionen außerhalb der beschlossenen Prioritäten tabu seien. Der städtische Investitionsanteil an der Landesgartenschau sei von Anfang an auf 8 Millionen Euro festgelegt und könne auch gehalten werden.

Mit den Investitionsschwerpunkten 2013 werde man Landaus Zukunft gestalten. Die Investitionsschwerpunkte liegen bei der Konversion Süd mit 4 Millionen Euro, der Landesgartenschau mit 5,5 Millionen Euro, bei den Schulsanierungen mit 2,4 Millionen Euro und bei der Sporthalle an der Berufsbildenden Schule mit 850.000 Euro. Die Schulen blieben somit ein sichtbarer Investitionsschwerpunkt in unserer Stadt. Dies sei gut angelegtes Geld. Hinzu kämen Investitionen in die bestehenden Kindertagesstätten und in den Bau der siebengruppigen neuen Kindertagesstätte „Wilde 13“, die von der Stadtholding errichtet werde. Schwerpunkt bei den Investitionen in der Innenstadt sei die Sanierung der Alten Fußgängerzone. Es gehe aber auch voran mit der gewerblichen Entwicklung, was die Erschließung der Gewerbegebiete D9 und D10 zeige. Man brauche die neuen Gewerbeflächen in D10 zur Sicherung der Wirtschaftskraft, ein Verzicht wäre fatal. Die Wirtschaft sei das Kraftzentrum der Stadt und habe eine soziale Bedeutung. Menschen bräuchten Arbeitsplätze, um ihre Familien ernähren zu können. Den Unternehmen vermittele die Stadt, dass man „Sie“ wolle. Dazu gehöre auch, dass der Gewerbesteuerhebesatz unter der Marke 400 % bleibe. Deswegen brauche man auch eine moderne Fußgängerzone für einen gesunden und vielfältigen Einzelhandel. Dieser sei die Triebfeder einer vitalen Innenstadt. Er danke hier ausdrücklich dem Land, dass dies nach langen Gesprächen ermöglicht habe. In Landau bewege sich was auch im Jahr 2013.

Die Aufträge aus dem Beschluss zum Kommunalen Entschuldungsfonds habe man geprüft. Umgesetzt sei das Konzept für die Volkshochschule. Die Ortsvorsteherbüros sei mit den Fraktionen diskutiert worden, für eine Schließung gebe es aber keine Mehrheit im Rat. Daher werden die Ortsvorsteherbüros erhalten bleiben. Die Grundschule Arzheim habe auf niedrigem Niveau stabile Schülerzahlen, so dass man sich auch hier zunächst nicht abarbeiten werde. Für die Grundschule Queichheim bleibe der Raum der Sparkasse erhalten. Auch die Grundschule Godramstein sei noch nicht stabil einzügig, so dass es auch dort zunächst keine Änderungen geben werde. Er danke ausdrücklich der Bürgerschaft der Stadt für ihr Engagement im abgelaufenen Jahr, ebenso wie dem Stadtrat und der Verwaltung.

Landau werde auch 2013 auf Erfolgskurs bleiben. Landau sei eine lebendige und junge Stadt und auch eine Familienstadt. Man sei der Wirtschaftsstandort der Südpfalz, eingebunden in die gesamte Region und fühle sich im Herzen Europas.

Wer Dinge bewege, ernte auch Rückschläge. In diesem Sinne ziehe die Karawane weiter mit klarem Ziel.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach von einem bewegten Jahr. Der Haushalt bilde die Lebenswirklichkeit einer Stadt ab und sei zugleich Richtschnur für deren weitere Entwicklung. Ein funktionierender Sozialstaat sei eines der höchsten Güter, die Stabilität der Gesellschaft hänge davon ab. Ihn über Kredite finanzieren zu müssen, sei wie Mobiliar zu verkaufen um zu heizen. Der Haushalt bleibe auf Kante genährt, die Investitionsschwerpunkte aber richtig gewählt. Investitionen von 33,6 Millionen Euro seien eine enorme Leistung. Die SPD-Fraktion stehe ausdrücklich zur Sonderfinanzierung der Gewerbegebiete D9 und D10. Beide Gebiete seien Glücksfälle und Goldadern für die Stadt. Daher erteile man Forderungen nach Erhöhung der Gewerbesteuer eine deutliche Absage.

Mit der Landesgartenschau und den Begleitinvestitionen sei ein Ruck durch die Stadt gegangen, wie man ihn noch nie erlebt habe. Zustimmung fänden die Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung. Die Innenstadt werde fit gemacht für die Zukunft. Man stelle mit dem Bau eines Parkplatzes an der Zweibrücker Straße nur einen Antrag zum Haushalt. Der Antrag sei gut begründet und sei ein Vorschlag mit realisierbarer Finanzierung. Man werde aber keine Glaubensfrage daraus machen, der



Antrag erhalte eine Mehrheit oder eben nicht. Die Mittel für die Schulen und Kindertagesstätten seien die nachhaltigste Zukunftsinvestition und ein Standortvorteil. Als SPD-Fraktion sei man glücklich, dass die Berufsbildende Schule endlich ihre Sporthalle erhalte, sie habe es verdient. Im kommenden Jahr müsse man nun aber auch entscheiden, wie es mit der Rundsporthalle weitergehe. Wie immer man auch entscheide, letztlich müsse der Sport in Landau der Gewinner sein.

Die Ortsteile seine eine Zierde für Landau, kein Ballast. Der SPD-Fraktion liegen die Ortsteile am Herzen. Natürlich habe man den Auftrag gegeben, die Zukunft der Ortsvorsteherbüros zu evaluieren. Im Ergebnis bleibe es wie es ist, es werde allenfalls Einzellösungen geben.

Landau sei eine wachsende Stadt und müsse eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum bleiben. Der Dank der SPD-Fraktion gelte allen, die sich in der Stadt ehrenamtlich engagieren und sich damit in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf seien die Weichen im Rahmen des Möglichen richtig gestellt. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2013 zustimmen.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass die Stadt zum 23. Mal in Folge einen zwar genehmigungsfähigen, aber nicht ausgeglichenen Haushalt vorlege. Dies obwohl bei den Steuereinnahmen ein historischer Höchststand erreicht werde. Trotz dieser sehr guten Ausgangslage gelinge es der Verwaltung nicht, den Haushalt auszugleichen. Dies lasse für Zeiten abschwächender Konjunktur schlimmes befürchten. Die Ursache liege in der Schieflage der Kommunalfinanzen insgesamt. Es gebe hier nach wie vor ein strukturelles Problem bei den kommunalen Finanzen. Dies habe der Verfassungsgerichtshof festgestellt und den Kommunalen Finanzausgleich für verfassungswidrig erklärt. Das Land müsse den Finanzausgleich nun neu regeln und für eine bessere und effektivere Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Doch was mache das Land? Esbürde den Kommunen weitere Belastungen auf, dies konterkariere das Gerichtsurteil. Statt eigene Mittel einzusetzen, wolle das Land, dass die Kommunen ihre Steuern erhöhen. Er mache hier ganz deutlich, dass es mit der CDU-Fraktion keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes geben werde. Zum wiederholten Male müsse er auch die Kassenkredite ansprechen. Dass es keine wesentliche Steigerung zum Jahr 2010 gegeben habe, sei auf den Kommunalen Entschuldungsfonds zurückzuführen. Allerdings würden durch den KEF die Kassenkredite nicht gesenkt, sondern stagnieren auf hohem Niveau.

Um die Steigerung des Defizits zu stoppen, müsse dringend nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Allerdings könne man hier keine Bemühungen der Verwaltung erkennen. Er räume ein, dass der Spielraum der Verwaltung hier sehr beengt sei. Der hohe Anteil an Sozialausgaben führe dazu, dass für nicht dringende, aber sinnvolle Maßnahmen kein Geld da sei.

Die Investitionen in die Schulsanierungen seien sehr gut angelegtes Geld. Mit dem Bau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule gehe ein langer Wunsch dieser Schule endlich in Erfüllung. Entsprechend einer Grundsatzentscheidung des Rates müsse nun aber schnell entschieden werden, wie es mit der Rundsporthalle weiter gehe. Mit der Sanierung der Alten Fußgängerzone gehe eine langjährige Forderung der CDU in Erfüllung. Man sei daher auch mit einer Kürzung der Mittel, wie sie die SPD in ihrem Antrag vorschlage, nicht einverstanden.

Bei der Entwicklung in der Südstadt dürfe man nicht nur an die bauliche Entwicklung denken, sondern müsse auch die Entwicklung der sozialen Infrastruktur im Blick haben. Die Vermarktung der Gebäude im Wohnpark Am Ebenberg sei derzeit ins Stocken geraten, wenn nicht gar zum Stillstand gekommen. Dadurch würden wichtige Gelder aus dem Verkauf zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme LGS fehlen. Der regelmäßige Controllingbericht zeige, dass man gerade beim Durchführungshaushalt der Landesgartenschau weiterhin wachsam bleiben müsse.

Für die CDU-Fraktion sei es wichtig, dass viele Positionen aus den Prioritätenlisten der Stadtteile berücksichtigt wurden. Beispielhaft nenne er die Planungskosten für das dringend benötigte Feuerwehrhaus in Dammheim. Wichtig sei der CDU auch, dass der Bestand der Ortsvorsteherbüros unangetastet bleibe.

Dass die Bugwelle an dringend nötigen Investitionen in den vergangenen Jahren abgebaut werden konnte, sei auch der Disziplin aller Fraktionen zu verdanken. Die Haushaltslage verlange aber auch in den nächsten Jahren kreative und unbequeme Maßnahmen. Dazu sei die CDU-Stadtratsfraktion bereit und biete allen Fraktionen hierzu die Zusammenarbeit an. Dem Haushalt 2013 stimme die CDU-Stadtratsfraktion zu.



Ratsmitglied Schröer betonte, dass die Grünen bisher die meisten wichtigen Entscheidungen für die Stadt Landau mitgetragen hätten. Beim Haushalt 2013 gehe es für die Grünen aber um eine Grundsatzentscheidung. In der Abwägung aller Aspekte lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Kernhaushalt ab. Die Grünen könnten die hohen Investitions- und Folgekosten für den Kreisel Landau-Mitte nicht mittragen. Diese Maßnahme werde den Druck auf die Innenstadt und die Frage nach mehr Parkplätzen noch mehr erhöhen. Auch der Ruf nach der Südtangente werde sich dadurch deutlich verstärken. Ernsthafte Anstrengungen die Fragen der Mobilität in Landau zu überdenken seien kaum wahrnehmbar. Der künftige Bahnhaltelpunkt am Vinzentius-Krankenhaus und die Ausweisung von Fahrradstellplätzen an der Universität seine zwar ein Schritt in die richtige Richtung, würden aber nicht ausreichen. Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordere die Einrichtung eines Mobilitätsmanagements und die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes. Außerdem fordere man die konsequente Umsetzung des vorliegenden Radwegekonzeptes mit einer guten Beschilderung. Es sei an der Zeit, endlich sensibel und engagiert an die Verkehrsstruktur heranzugehen. Der motorisierte Individual- und Lastverkehr trage mit 30% wesentlich zur Belastung des Klimas bei und mindere die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Landau. Die Investitionskosten für den Geländeerwerb für ein neues Gewerbegebiet D10 lehne man ebenfalls ab, da diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht notwendig seien. Dies auch, weil das bestehende Gewerbegebiet D9 noch gar nicht voll sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertrete grundsätzlich die Auffassung, dass die Gleichung Reichtum durch Wachstum nicht funktioniere. Das Ende sei bereits absehbar, Landau verfüge nicht mehr über viele Flächenpotentiale. Man sollte die Chance nutzen, für Landau nachhaltige Projekte auf den Weg zu bringen. Der schnelle Verkauf von Grundstücken führe in eine Sackgasse.

Im Zuge der Landesgartenschau habe man viele Projekte unterstützt. Nicht mittragen könne man aber die Rad- und Fußgängerbrücke. Hier hätte es eine bescheidenere Lösung auch getan.. Auch Prestigeobjekte wie den Aussichtsturm lehne man ab.

Beim Verkauf von Grundstücken sollte künftig stärker die Konzeptqualität gewürdigt werden. Damit könnten Anreize für den Mietwohnungsbau geschaffen werden. Dem Wirtschaftsplan des GML werde man zustimmen, da man die zentralen Positionen wie den Bau einer Sporthalle an der BBS und die Schulsanierungen mittrage.

Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen werde den Kernhaushalt 2013 ablehnen.

Ratsmitglied Volkhardt beklagte die Machtlosigkeit, etwas an dem unausgeglichenen Haushalt zu ändern. Er sei gespannt, ob der Haushalt der Stadt Landau ab 2014 von der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs profitieren werde. Unabhängig von der Mahnung des Landes, die Einnahmeseite zu erhöhen, sehe er die Senkung der Gewerbesteuer vor einigen Jahren als goldrichtige Entscheidung. Dies belege die erhebliche Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen. Die FWG sei klar gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer, auch wenn dies die Aufsichtsbehörde regelmäßig fordere. Er begrüße ausdrücklich die vielen Investitionen in die Bildung. Für die FWG habe die Sanierung der Schulen weiterhin Priorität. Zu Schulen gehörten auch Sporthallen. Sowohl die neue Halle im Kohlelager, als auch die neue Zwei-Feld-Halle an der Berufsbildenden Schule kämen auch dem Vereinssport zugute. In den vergangenen Jahren sei auch viel Geld in den Erhalt der Rundsporthalle investiert worden. Immer mehr erweise sich dies als Faß ohne Boden. Die FWG schließe sich der Meinung der Fachleute an und sei für einen Abriss der Rundsporthalle und den Neubau einer Zwei-Feld-Halle.

Die FWG freue sich über 1,7 Millionen Euro die in den Erhalt des städtischen Wohnhausbesitzes fließen. Bei den Ortsteilen würden viele Maßnahmen aus den Prioritätenlisten erst in den kommenden Jahren verwirklicht. Trotzdem hätten nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Die FWG spreche sich für den Erhalt der Ortsvorsteherbüros aus, denn diese seien die Bürgerbüros vor Ort. Auch weiterhin sei die FWG für die Erschließung kleinerer Wohngebiete in den Ortsteilen. Im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds sei der Etat der Volkshochschule gekürzt worden, dies habe man mitgetragen. Einer weiteren Kürzung werde man aber nicht zustimmen, da sonst die weitere Arbeit der Volkshochschule massiv gefährdet wäre.

Es zeige sich, dass die Stadtholding weiter am Tropf der Energie Südwest hänge. Dies sei durchaus so gewollt. Bei der ESW dürfe aber nichts schief gehen, wenn der Verlust der Stadtholding weiter



ausgeglichen werden solle. Er wolle sich nicht ausmalen, wenn die Stadtholding ihre Verluste bei der Stadt einholen müsste.

Die Prüfungen des Landesrechnungshofes betreffend sei es schwierig, aus den unterschiedlichen Gutachten heraus, zu beurteilen, wer letztlich Recht habe. Ob ein Obergutachten diesen gordischen Knoten durchschlagen könne, sei fraglich.

Vom Grundsatz her unterstütze man jede Maßnahme zur Schaffung von Parkraum in der Südstadt. Dafür habe man sich als erste Gruppierung eingesetzt. Die von der SPD in ihrem Antrag vorgeschlagene Gegenfinanzierung sei allerdings nicht schlüssig. Eine Verschiebung des Parkleitsystems sei gerade im Hinblick auf die Landesgartenschau kontraproduktiv. Dem Antrag werde man daher nicht zustimmen. Weiterhin sei man auch gegen den Bau einer Brücke über die Queich von der Ostbahnstraße zum Heinrich-Heine-Platz. Diese Brücke sei sicherlich wünschenswert, aber nicht dringend notwendig.

Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2013 und den Wirtschaftsplänen zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel sprach von einer positiven Entwicklung der Stadt. Hierzu hätten die hohen Steuereinnahmen wesentlich beigetragen. Die FDP werde eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht mittragen. Die Arbeit im Stadtrat sei davon geprägt, die Schulden zu verwalten anstatt gestalten zu können. Alleine die Kosten für Jugend und Soziales liefen davon. Hinzu kämen hohe unsinnige Kosten für die Schülerbeförderung und die Schulbuchausleihe. Keiner könne sagen, wie hier die Kostenbremse angelegt werden solle. Mit solchen zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben würden dem Rat Gestaltungsfesseln angelegt. Dabei gehe es auch darum ein lebenswertes Landau zu haben. Darum habe man gegenüber der Bevölkerung die Verpflichtung, die kulturellen Angebote zu erhalten.

Es tue sich was in Landau. Die Landesgartenschau werde Landau positiv verändern. Man dürfe dabei nicht den Mut verlieren, wenn es mal nicht so laufe wie geplant. Die komprimierte Umsetzung von Projekten wie dem Bahnhofsvorplatz, der Neugestaltung von Plätzen oder Straßenbaumaßnahmen seien nur durch das Großevent Landesgartenschau möglich. Für die FDP-Fraktion sei es von großer Wichtigkeit, dass der Kostenrahmen von 5 Millionen Euro im Durchführungshaushalt unbedingt eingehalten werde. Eine weitere Kostensteigerung könne nicht geschultert werden.

Der FDP sei es wichtig, die Stadtdörfer mit in die Entwicklung einzubeziehen. Hierzu gehöre auch eine behutsame Entwicklung von Baugebieten zum Lückenschluss, sogenannte Arrondierungen. Die Stadtdörfer dürften für junge Familien nicht an Attraktivität verlieren. Der Erhalt der Ortsvorsteherbüros sei hierbei ebenfalls ein wichtiger Aspekt.

Bei allem dürfe man auch das Sparen nicht aus den Augen verlieren. Nach wie vor sei der städtische Haushalt defizitär. Hier gelte es vor allem die Zusammenarbeit der Verwaltungen, gerade der drei Verwaltungen innerhalb von Landau, auszubauen. Gleiche Tätigkeiten sollte man bündeln und damit Synergieeffekte schaffen.

Die FDP-Stadtratsfraktion werde dem Haushalt 2013 zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt betonte, dass man bei einem Defizit von 13,4 Millionen Euro wohl kaum von einer Erfolgsgeschichte sprechen könne. Die Stadt verschulde sich monatlich um 1 Million Euro, dies trotz Rekordsummen bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer. Die kommunale Eigenständigkeit werde durch die Aufsichtsbehörde noch stärker eingeschränkt. Es stelle sich die Frage, ob es vor diesem Hintergrund nichts Wichtigeres gebe, als die Modernisierung der Fußgängerzone. Positiv seien die Mittel für die Schulsanierungen sowie der Neubau einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule zu nennen. Man habe in Queichheim ein Gewerbegebiet, das erst zu 70 % ausgelastet sei. Es gebe also noch ein Puffer für die nächsten Jahre, so dass aus Sicht der UBFL-Fraktion ein neues Gewerbegebiet nicht erforderlich sei. Zudem seien Neuansiedlungen im Gewerbegebiet oftmals nur Umsiedlungen von Firmen, die innerhalb von Landau ins Gewerbegebiet umziehen.

Der Oberbürgermeister habe voll erschlossene Grundstücke zu einem Dumpingpreis von 5,5 Millionen Euro unter Wert an einen einzigen Investor verschleudern wollen. Dadurch sei das UBFL gezwungen gewesen, den Landesrechnungshof einzuschalten. Er schließe sich hier dem Rechnungshofpräsidenten an und appelliere an den gesunden Menschenverstand des Oberbürgermeisters. Fehler einzugestehen sei ein Zeichen menschlicher Stärke. Man sollte dankbar sein, dass die Aufsichtsbehörde angesichts



der schlechten städtischen Haushaltslage ihre Kontrollfunktion wahrnehme und der Sorglosigkeit des Stadtvorstandes Einhalt gebiete. Die Zeiten von Prestigeprojekten werde bald vorbei sein. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde den Haushalt 2013 ablehnen.

Ratsmitglied Schwarzmüller begründete, warum sie den Haushalt ebenfalls ablehne. Sie könne in diesem Haushaltsentwurf keine nachhaltige Politik im Sozial- und Jugendbereich erkennen. In dem Haushalt werde einmal mehr deutlich, dass Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfänger keine Lobby hätten. Man brauche dringend Wohnmöglichkeiten für diese Gruppe. Es gebe keinen Wohnraum, der für diese Menschen noch bezahlbar sei. Durch eine nachhaltige Politik in diesem Bereich könnten auch langfristig die Kosten sinken.

Auch die Modernisierung der Fußgängerzone für 1,5 Millionen Euro sei aus ihrer Sicht nicht notwendig. Der Belag sei nicht kaputt, deshalb wäre eine abgeseckte Version ausreichend gewesen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man an die Problematik bezahlbarer Wohnraum ran müsse. Aber von Seiten der Stadt könne man diesen Wohnraum nicht schaffen. Es gebe aber entsprechende Programme. Er schlage vor, dies im Bauausschuss zu besprechen auch im Hinblick auf den demographischen Wandel.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

A) den Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. im <u>Ergebnishaushalt</u>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	116.141.065,00 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>129.507.837,00 €</u>
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 13.366.772,00 €

2. im <u>Finanzhaushalt</u>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	110.882.065,00 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>119.129.327,00 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 8.247.262,00 €

die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	20.206.979,00 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>29.406.565,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 9.199.586,00 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	22.169.848,00 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>4.723.000,00 €</u>
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	17.446.848,00 €

der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	153.258.892,00 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>153.258.892,00 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €

3. über das Investitionsprogramm (Finanzhaushalt 2013 – 2016)

das nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:



2013:	29.406.565,00 €
2014:	10.666.774,00 €
2015:	11.245.398,00 €
2016:	6.602.118,00 €

b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau

Erfolgsplan	
Erträge	12.563.600,00 €
Aufwendungen	12.852.300,00 €
Vermögensplan	
Einnahmen	7.354.100,00 €
Ausgaben:	7.354.100,00 €
Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2013	2.139.200,00 €
Gesamtbetrag der Kredite	1.869.100,00 €
Gesamtbetrag der Liquiditätskredite	3.000.000,00 €

c) *Bürgerstiftung*

1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	193.500,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>394.750,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-201.250,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	193.500,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>334.450,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-140.950,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	50.000,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	50.000,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	43.500,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>334.450,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	-90.950,00 €

d) *Landauer Kunststiftung*



1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	18.250,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>18.250,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	17.150,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>17.150,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	17.150,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>17.150,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €
e)	<i>Strieffler Stiftung</i>	
1.	im Ergebnishaushalt	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	71.275,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>71.275,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00 €
2.	im Finanzhaushalt	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	71.275,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>71.275,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	0,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	71.275,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>71.275,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0,00 €



f) über die Beteiligungsberichte

Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH
Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Entsorgungswerke Landau
Gebäudemanagement Landau

g) über den Stellenplan

B) Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement, der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH und der Projektgruppe LAGA beim EWL beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:

- 1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmebeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.**
- 2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmebeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.**
- 3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 € entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Haushaltssatzung 2013-Aufnahme Maßnahme
Parkplatz Zweibrücker Straße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28. November 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron wies zur Begründung auf seine Ausführungen in seiner Haushaltsrede hin.

Im übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Das Gremium beschloss mit 14 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die Maßnahme Parkplatz Zweibrücker Straße mit 140.000 Euro in den Haushalt 2013 aufzunehmen, wird abgelehnt.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass man die Ablehnung des Antrages akzeptiere. Er kündigte aber an, dass man einen Antrag einbringen werde, im nächsten Bauausschuss über die Kosten von 80.000 Euro für das Parkleitsystem zu sprechen



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 8. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Im übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2013 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:

Erträge	12.563.600,00 EURO
Aufwendungen	12.852.300,00 EURO
Differenz:	- 288.700,00 EURO

Vermögensplan:

Einnahmen	7.354.100,00 EURO
Ausgaben	7.354.100,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2013 wird festgesetzt auf 1.869.100,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.

- b) Im Rahmen des Finanzplanungszeitraumes 2014 bis 2016 wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 2014 festgesetzt auf: 2.139.200,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen in den künftigen Wirtschaftsjahren voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von 942.500,00 EURO aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

- c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010

Oberbürgermeister Schlimmer war als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eisold berichtete als Vorsitzender aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Dieser habe positiv bewertet, dass die Abschlüsse zeitnah vorgelegt worden seien. Durch den Ausschuss habe es keine Beanstandungen gegeben. Dies gelte auch für die nachfolgenden Tagesordnungspunkte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.
 - a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2010 sowie**
 - b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010**
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2010 zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011

Oberbürgermeister Schlimmer war als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2011 sowie**
b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2011 zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010

Oberbürgermeister Schlimmer und Ratsmitglied Heuberger waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 sowie
 b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2010 zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011

Oberbürgermeister Schlimmer und Ratsmitglied Heuberger waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm Herr Beigeordneter Klemm.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.
 - a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2011 sowie
 - b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
2. Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2011 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010

Oberbürgermeister Schlimmer, Beigeordneter Klemm und Beigeordnete Schlösser waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm das älteste Ratsmitglied Günter Scharhag.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.
 - a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2010 sowie
 - b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2010
2. Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2010 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011

Oberbürgermeister Schlimmer, Beigeordneter Klemm und Beigeordnete Schlösser waren als Mitglied des Vorstandes gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die Sitzungsleitung übernahm das älteste Ratsmitglied Günter Scharhag.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2011 sowie**
b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2011
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2011 zur Kenntnis.**

Herr Oberbürgermeister Schlimmer übernahm wieder den Vorsitz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 29. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat wählt Herrn Rudolf Boesche, Am Neuberg 16, 76829 Landau in der Pfalz und Frau Natascha Walz, Industriestraße 2, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglieder in den Hauptausschuss und Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 7629 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Hauptausschuss.
2. Der Stadtrat wählt Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Bauausschuss und Herrn Rudolf Boesche, Am Neuberg 16, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Bauausschuss.
3. Der Stadtrat wählt Herrn Rudolf Boesche, Am Neuberg 16, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Umweltausschuss und Herrn Hans-Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Umweltausschuss.
4. Der Stadtrat wählt Frau Monika Vogler, Drachenfelsstraße 18, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Schulträgerausschuss.
5. Der Stadtrat wählt Herrn Prof. Peter Leiner, Am Goethepark 4, 76829 Landau in der Pfalz in das Kuratorium Landauer Kunststiftung.
6. Der Stadtrat wählt Herrn Dr. Hans-Jürgen Blinn, Guldengewann 2, 76829 Landau in der Pfalz in den Vorstand Strieffler Stiftung.
7. Der Stadtrat schlägt Herrn Günter Scharhag, Scharfeneckstraße 5, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied im Verwaltungsrat Sparkasse vor.
8. Der Stadtrat wählt Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz, als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat Landesgartenschau Landau 2014 GmbH.
9. Der Stadtrat wählt Herrn Rudolf Boesche, Am Neuberg 16, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss, Verwaltungsrat EWL, Werksausschuss GML, Sozialausschuss, Umlegungsausschuss, Jugendhilfeausschuss, Sportstättenbeirat, Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Erweiterung des Partnerschaftsbezirks mit der Partnergemeinde Ruhango in Ruanda

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 29. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

dass der Partnerschaftsbezirk der Partnergemeinde Ruhango in der Präfektur Gitarama um die Sektoren Mwendo, Byimana, Mbuye und Kinazi erweitert wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Änderungsplanung beim Bebauungsplan C 25 "Konversion Landau Süd/Landesgartenschau" (Wohnpark Am Ebenberg)

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. November 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Der Ursprung des Antrages gehe zurück auf die Diskussionen um die Rahmenplanung. Man hätte bereits damals auf die Marktentwicklung reagieren sollen, denn der Markt habe uns mittlerweile eingeholt. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern sei gestiegen. Dieser Nachfrage sollte man jetzt nachkommen, damit man sich nicht in einigen Jahren Vorwürfe gefallen lassen müsse, nicht reagiert zu haben.

Der Vorsitzende erklärte, dass es genau hierzu bereits ein Strategiegespräch innerhalb der Verwaltung gab, nach dem er das Bauamt im September damit beauftragt habe. Ein Problem der Vermarktung sehe er nicht. Wenn man die grundsätzliche Struktur einer städtischen Bebauung anerkenne, sei auch keine Änderung des Bebauungsplanes nötig.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stimmte dem Ansinnen der CDU grundsätzlich zu. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Bauausschuss zur weiteren Beratung zu.

Ratsmitglied Brunner war mit einem Verweis des Antrages in den Bauausschuss einverstanden. Wenn der Antrag zur Abstimmung gestellt werde, dann könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion eine gewisse Sympathie für den Antrag habe. Jedoch wolle man dies noch einmal in Ruhe im Bauausschuss diskutieren.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach sich ebenfalls dafür aus, im Bauausschuss in Ruhe abzuwägen, welche Konsequenzen dies hätte. Man könne mehr Menschen Wohnraum schaffen, wenn man Mehrfamilienhäuser baue anstelle von Einfamilienhäusern.

Ratsmitglied Silbernagel vertrat die Auffassung, dass jede Art von Bebauung möglich sein sollte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 27. November 2012 wird zur weiteren Beratung in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Überörtliche Rechnungsprüfung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.1. (öffentlich)

Prüfung der Grundstücksveräußerungen "Wohnpark Am Ebenberg", erste Vermarktungstranche, durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 15. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er verwies auf die Diskussion im Bauausschuss. Was er hier vorlege, sei das Schreiben des Rechnungshofes zur Prüfung der Grundstücksveräußerungen der ersten Vermarktungstranche. Für den Rechnungshof könne und wolle er nicht sprechen.

Man stehe nicht am Beginn der Konversion, sondern am Beginn des Abschlusses der Konversion. Es sei versucht worden, dort die gleichen Prinzipien umzusetzen, die man bisher schon angewandt habe. Das Prinzip niedrige Bodenwerte habe in der Vergangenheit zu erfolgreichen Konversionsprojekten geführt. Es gebe keinen Anlass, davon abzuweichen. Man müsse nun aber auch in die Zukunft schauen. Dazu gehöre, den Obergutachter um eine Stellungnahme zu bitten und parallel hierzu einzelne Flächen neu auszuschreiben. Welche Flächen das sein werden, darüber müsse man reden. Dann werde letztendlich der Markt entscheiden. Man brauche aber dennoch den Wert des Obergutachtens. Der Preis müsse natürlich gewichtet werden, könne aber nicht allein entscheidend sein. Selbstverständlich müssten aber energetische und städtebaulich-architektonische Kriterien ebenfalls mit einfließen. Nur den Preis entscheiden zu lassen, wäre fatal und würde einer Fehlentwicklung Tür und Tor öffnen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Beauftragung eines Obergutachtens zustimme. Es sei die logische Folge aus dem Streit mit dem Rechnungshof. Die Aussprache im Bauausschuss habe nachdenklich gestimmt. Jedoch sei es kein K.O durch den Rechnungshof gewesen. Bei verschiedenen Positionen habe es Relativierungen gegeben. Er gehe davon aus, dass der Obergutachter ein salomonisches Urteil sprechen werde. Nicht beantwortet worden sei die Frage, wie sich der Rechnungshof eine gedeihliche Zusammenarbeit vorstelle. Er habe den Eindruck, dass die Mitarbeiter des Rechnungshofes gar kein Interesse daran hätten konstruktiv und beratend tätig zu sein. Man lasse sich gerne beraten, aber es könne nicht sein, dass der Stadt der Ermessensspielraum abgesprochen werde.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass es einen Dissens mit dem Rechnungshof gebe, der schwer im Magen liege. Dieser sei an Bedeutung für die Stadt nicht zu unterschätzen. Man tue sich auch keinen Gefallen, auf Dauer im Konflikt mit dem Rechnungshof zu leben. Die Frage sei in der Tat, wie es nach dem Obergutachten weiter gehe.

Ratsmitglied Ellinghaus war der Auffassung, dass am Obergutachten kein Weg vorbei führe. Allerdings werde es voraussichtlich auch keine Probleme lösen. Der ganze Streit um Grundstückswerte führe letztlich nicht zur Wahrheit, sondern nur zu einer Theorie. Letztlich wisse man erst nach einem Verkauf, ob der ermittelte Grundstückswert Stand gehalten habe. Es gehe darum, mit dem Rechnungshof eine maximale Neuausschreibung zu starten.

Ratsmitglied Freiermuth schloss sich der Auffassung an, dass an einem Obergutachten kein Weg vorbei führe. Der Bauausschuss sei zwar interessant, aber nicht erhellend gewesen. Letztlich sei es ein Streit unter Gutachtern und Juristen gewesen. Die Aussagen des Landesrechnungshofes würden nicht weiterhelfen, von daher brauche man den Obergutachter.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte für die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls der Bestellung eines Obergutachters zu. Beide Parteien hätten sich im Bauausschuss nicht in Richtung eines Konsens bewegt. Er finde es traurig, dass man auf keiner Seite kompromissbereit gewesen sei. Zum Glück sei man am Ende der Konversion und nicht am Anfang. Letztendlich werde der Käufer den Preis machen. Er sei gespannt, ob man das noch bekomme.

Ratsmitglied Dr. Migl widersprach den bisherigen Äußerungen der anderen Fraktionen. Für die UBFL-Stadtratsfraktion sei die Argumentation des Rechnungshofes deutlich und nachvollziehbar



gewesen. Für sie sei eher der Eindruck entstanden, dass man extra nicht verstehen und einsehen wollte, dass man einen Fehler gemacht hat. Die Mängel und Fehler seien durch den Rechnungshof klar aufgezeigt worden. Wenn Kritik an so vielen Stellen komme, sollte man den Rechnungshof ernster nehmen. Der Obergutachter werde keine Probleme lösen, da sollte man sich nichts vormachen. Durch ein Obergutachten werde es auf die lange Bank geschoben und wertvolle Zeit vertan. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Einschaltung des oberen Gutachterausschusses ab.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man nicht auf das Obergutachten warten werde. Man werde vielmehr im 1. Quartal 2013 europaweit ausschreiben. Es gehe hier nicht um ein Schiedsrichtergutachten, Gutachten könnten immer falsch sein. Über Jahrzehnte habe man keinen Anlass gehabt, an einem Gutachten unseres unabhängigen Gutachterausschusses zu zweifeln. Ganz sicher werde man nicht den Rechnungshof fragen, wie es geht. Deren Mitarbeiter hätten genau die gleiche Ausbildung wie unsere Leute. Hier stehe Fachmeinung gegen Fachmeinung und nicht dort die höhere und dort die niedrigere Meinung. Letztendlich gebe es den Verfassungsgrundsatz, dass die Planungshoheit der Gemeinde zusteht. Selbstverständlich habe man auch an denkmalgeschützten Häusern Gestaltungsmöglichkeiten. Wer etwas anderes behauptete, habe schlichtweg keine Ahnung. Man könne ja über einiges reden, aber die qualitativen Kriterien müssten bleiben. Es könne doch nicht gewollt sein, dass nur der Preis entscheide. Man gehe erhobenen Hauptes in Gespräche mit dem Rechnungshof wegen der Ausschreibungen. Klar sei, dass man Pakete verkaufen müsse. Er hoffe sehr, dass man Käufer oder Interessenten haben werde.

Ratsmitglied Heuberger erinnerte daran, dass der Gutachter Herr Eu vom Rechnungshof die Aufgabe hatte, die Plausibilität des Verkehrswertes des Gutachterausschusses zu überprüfen. Er habe keinen neuen Wert ermittelt. Folglich seien die Werte, die der Rechnungshof angebe nicht mit den Werten des Gutachterausschusses vergleichbar. Die Stadt habe keine Veranlassung vor den Vorgaben des Landesrechnungshofes einzuknicken. Der Obergutachter werde einen Vergleichswert herstellen. Dies sei aber immer noch nicht der Wert, den der Markt hergebe. Letztlich entscheide der Markt und wenn wir Glück haben, bekommen wir jetzt noch den Preis des Gutachtens.

Ratsmitglied Marquardt stellte klar, dass der Rechnungshof einen Fachmann beauftragt habe um das Gutachten zu überprüfen. Es sei kein neues Gutachten erstellt worden. Die Aussagen des Rechnungshofes seien eindeutig, man brauche keinen Obergutachter. Wenn man das nicht verstehen wolle, müsse das andere Gründe haben.

Ratsmitglied Ellinghaus hatte den Eindruck, dass seine Aussagen missverstanden worden seien. Er habe lediglich gesagt, dass der Gutachterstreit nicht weiterführe. Eine reale Marktabfrage funktioniere am besten, wenn man die Ausschreibung so mache, dass sie die Billigung des Rechnungshofes finde.

Ratsmitglied Dr. Leydecker erkundigte sich, was der Obergutachter machen solle und welche Fragen man ihm stelle.

Herr Kamplade erläuterte, dass es ein klares gesetzliches Verfahren gebe. Der oberste Gutachterausschuss werde angerufen, um bestehende Gutachten zu überprüfen. Eine Kernfrage werde sein, ob es negative Gebäudewerte geben kann oder nicht. Diese Frage sei zu klären.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte wissen, wie das ganze jetzt praktisch ablaufe. Was passiere, wenn bis zum Ende der neuen Ausschreibung noch kein Obergutachten vorliege.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der obere Gutachterausschuss ja nicht gänzlich unbedarft sei. Man werde den Oberen Gutachterausschuss bitten, so schnell wie möglich zu entscheiden. Druck könne man natürlich nicht ausüben.

Herr Kamplade ergänzte, dass man das inhaltlich beste Angebot nehmen werde. Man könne nur Angebote werten, die dem ermittelten Verkehrswert mindestens entsprechen. Das Gutachten werde dann wichtig, wenn es mehrere gute Angebote gebe.



Ratsmitglied Burckhardt erkundigte sich, wie eine europaweite Ausschreibung laufe.

Herr Kamplade erläuterte, dass man die Leitlinien der Ausschreibung noch den Gremien vorlegen werde. Man werde vorschlagen, vier Grundstücke auszuschreiben. Dies werden große Flächen und Gebäude sein. Theoretisch könne sich jeder bewerben, allerdings könne man sich ausrechnen wie nachhaltig die Bewerbung einer einzelnen Person wäre.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14.2. (öffentlich)

Einholung eines Gutachtens beim Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. Dezember 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Auf die Protokollierung beim Tagesordnungspunkt 14.1 wird verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

dass die Stadt Landau in der Pfalz beim Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz zur abschließenden fachlichen Klärung der Verkehrswerte von Grundstücken mit Bestandsgebäuden die Erstattung eines Obergutachtens beantragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 27. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

5. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 19. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass der Controllingbericht nicht den aktuellen Stand habe. Für die CDU-Fraktion sei es ein ganz wesentlicher Punkt, dass das Defizit von 5 Millionen Euro eingehalten werde. Der Aufzug am Aussichtsturm bringe dies ins Wanken. Es sei ein ganz wesentlicher Punkt für die CDU-Fraktion, dass das Defizit bei 5 Millionen Euro gedeckelt sei.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Jahresabschluss 2011 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 12. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Eck erläuterte die Sitzungsvorlage. Bei einem Umsatz von 16,5 Millionen Euro habe man einen Gewinn von 1,05 Millionen Euro erzielt. Sehr positiv habe sich die Rekommunalisierung der Papierabfuhr ausgewirkt. Dadurch habe man in dieser Sparte im operativen Bereich einen Gewinn erzielen können. Mit 5,5 Millionen Euro habe man deutlich mehr investiert als in den Vorjahren. Die Finanzierung sei ohne Kreditaufnahme möglich gewesen, alle Betriebe seien schuldenfrei. Derzeit bestünden zwei Risiken für den Betrieb. Ein Risiko sei der ZAS, der Probleme durch steigende Verbrennungspreise bringen werde. Das zweite Risiko sei die EU-Gesetzgebung, zur Besteuerung von Leistungen von Kommunen und Zweckverbänden untereinander.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass beim EWL gut gewirtschaftet worden sei. Dies erkenne man ausdrücklich an, die Ergebnisse würden für sich sprechen. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne den Jahresabschluss aber dennoch wegen der Ausgaben für die Landesgartenschau ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

dem nachfolgenden Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2011 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 93.428.017,08 € und den Jahresgewinn mit 1.051.992,70 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	583.655,80 €
Abfallentsorgung mit	228.661,68 €
Bauhof mit	240.588,94 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	- 17.491,37 €
Straßenreinigung mit	16.577,65 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Bauhof und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen. Die ausgewiesenen Gewinnvorträge des



Betriebszweiges Abfallentsorgung mit 598.411,05 € und des Betriebszweiges Straßenreinigung mit 60.336,10 € werden der allgemeinen Rücklage zugeführt.

2. Entlastung des Vorstandes:

Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2011.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2013 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 12. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Abfallwirtschaftssatzung ablehnen würden und daher folgerichtig auch den Wirtschaftsplan des EWL ablehnen werde.

Ratsmitglied Dr. Migl konnte die Planung im wesentlichen nachvollziehen. Wie schon beim vorgehenden Tagesordnungspunkt lehne die UBFL-Stadtratsfraktion aber wegen der Landesgartenschau den Wirtschaftsplan ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

dem nachfolgenden Beschluss des Verwaltungsrates zuzustimmen:

Der Verwaltungsrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung durch den Stadtrat den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2013 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge	16.509.000,-- €
Aufwendungen	16.339.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	7.723.000,-- €
Ausgaben	7.723.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt

für das Jahr 2014 auf 1.300.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

150.000,-- €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2013 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 14. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2013 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	3.352	
- Zuwendungen	70	
- sonstiger Ertrag	55	
- Ergebnisübernahme	<u>1</u>	3.478
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	5.722	
- Finanzaufwand	<u>20</u>	5.742
Gesamtergebnis 2013	T€	-2.264

2. Vermögensplan 2013

Summe der Einnahmen	3.597
Summe der Ausgaben	3.597

3. Stellenübersicht



	Stellen 2012	Stellen 2013	Stand 30.09.12
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	37,70	43,20	36,06
Gesamt	38,75	44,25	37,11
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	9,00	9,00	9,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2013

T€

2.777 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus ESW-Zuzahlungsvereinbarung + Dividende.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2014– 2018



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2013

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 30. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass der Forst hier sehr gut, die Verwaltung aber weniger gut gearbeitet habe. Die Verwaltung habe wiederum die Verpachtung von Jagdbezirken nicht öffentlich ausgeschrieben.

Beigeordneter Klemm entgegnete, dass sehr wohl öffentlich ausgeschrieben wurde. Man habe einen regionalen Bezug haben wollen, daher sei die Ausschreibung nur in der Rheinpfalz erfolgt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2013 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der
Straßenoberflächenentwässerung für verschiedene Straßen in Landau in der Pfalz,
Festlegung des Anteils der Stadt Landau in der Pfalz am beitragsfähigen
Ausbauaufwand**

Die Ratsmitglieder Heuberger, Casella, Dr. Wissing und Gauer waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung der Verkehrsanlagen Langstraße, Marktstraße, Kleiner Platz und Kronstraße in Landau in der Pfalz abzurechnen.**
- 2. Der Anteil der Stadt Landau in der Pfalz an den beitragsfähigen Aufwendungen wird wie folgt festgesetzt:**

Langstraße	30 %
Marktstraße	35 %
Kleiner Platz	30 %
Kronstraße	30 %

Die Verkehrsanlagen sind in den beiliegenden Lageplänen dargestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen, Hinweisschildern und Warenautomaten zum Schutz der Landauer Altstadt sowie der gründerzeitlichen Gebäude und baulichen Anlagen der Landauer Innenstadt, Bahnhofsumfeld und Cornichonstraße, Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gegen die Sitzungsvorlage stimmen werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 1. Die in der Anlage beigefügte Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen, Hinweisschildern und Warenautomaten in den Bereichen Altstadt und gründerzeitliche Innenstadt, Bahnhofsumfeld und Cornichonstraße in der Stadt Landau in der Pfalz wird beschlossen.**
- 2. Die Satzung über die Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten zum Schutze der Landauer Altstadt sowie der gründerzeitlichen Gebäude und baulichen Anlagen der Landauer Innenstadt vom 10.11.1994, bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 54 vom 28.11.1994, In Kraft getreten am 29.11.1994, wird aufgehoben.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Windenergie im Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz - Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung der (1. sachlichen Teil) Fortschreibung "Windenergie" des Flächennutzungsplanes 2010 aus dem Jahr 2009

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl vertrat die Auffassung, dass der Pfälzer Wald für Windkraftanlagen nicht geeignet sei. In der Ebene bei Mörlheim gebe es noch genug Flächen und dort sei es auch einfacher zu realisieren. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man hier eine politische Entscheidung treffen müsse. Er halte den Pfälzer Wald sehr wohl für geeignet, da hier eine viel höhere Windkraft sei als in der Ebene. Es gehe hier darum in einem reinen Waldgebiet verträgliche Energie zu erzeugen.

Ratsmitglied Schröder erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dieser Vorlage mit Freude zustimme. Man sehe auch nicht die Gefahr einer Verspargelung. Es gebe hier Rückenwind durch die rot-grüne Landesregierung, die Windkraftanlagen in Rheinland-Pfalz durchsetze. Landau habe hier eine 180 Grad-Wende hingelegt, was sehr zu begrüßen sei.

Ratsmitglied Eisold teilte mit, dass er und Herr Prof. Leiner die Sitzungsvorlage ablehnen werden. Ohne Frage sei die Windenergie eine sinnvolle Energie, aber der Pfälzer Wald sei schützenswert und sollte daher als einzigartiges Gebiet außen vor bleiben.

Ratsmitglied Dr. Kopf sprach für die übrige SPD-Fraktion und erklärte, dass die Mehrheit der Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die landespolitischen Rahmenbedingungen hätten sich verändert, so dass der Flächennutzungsplan in jedem Fall geändert werden müsse. Außerdem bedürfe auch die bestehende Vereinbarung mit den Verbandsgemeinden des Landkreises einer Überarbeitung. Die besten Bedingungen im Bereich Rhein-Neckar würden nun mal im Pfälzer Wald liegen. Wenn man die Energiewende wolle, müsse man alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen. Den besten Standort müsse man natürlich abwägen. Diese Abwägung sei nur mit einer detaillierten Untersuchung möglich.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion beiden Vorlagen zustimmen werde. Es könne nicht sein, dass sich die Stadt Landau weiterhin zur Tabuzone erkläre. Man müsse unter Umständen die Kröte schlucken, dass der Taubensuhl hierfür geeignet sei.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass man in Rheinland-Pfalz ein sehr ambitioniertes Ziel habe. Die FWG-Stadtratsfraktion werde den Vorlagen zustimmen. Man wolle keine Windräder auf der Kleinen Kalmit aufstellen, aber der Pfälzer Wald könne eben auch nicht ganz ausgenommen werden.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass die FDP Windkraftanlagen nicht generell ablehne. Allerdings stelle man sich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Pfälzer Wald. Solche Anlagen sollte man dort bauen, wo Wind weht und Trassen für den Stromtransport vorhanden seien. Dies sei beispielsweise an Autobahnen der Fall. Man sehe dies als unkoordinierten Ausbau. Die FDP-Stadtratsfraktion werde daher beide Vorlagen ablehnen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau die Aufstellung der Aufhebung der (1. Teil) Fortschreibung „Windenergie“ des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz und des Flächennutzungsplanes 84 der Stadt Landau in der Pfalz (Exklave Stadtwald).**



2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Windenergie im Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz - Aufstellungsbeschluss der 2. sachlichen Teilfortschreibung "Windenergie 2013" des Flächennutzungsplanes 2010, Beschluss der Standortuntersuchungskriterien

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Im übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 23 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. **für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau die Aufstellung der 2. sachlichen Teilfortschreibung „Windenergie 2013“ des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz und des Flächennutzungsplanes 84 der Stadt Landau in der Pfalz (Exklave Stadtwald).**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB über die Übernahme von Planungs- und Folgekosten vorzubereiten, wenn abschließend geklärt ist, dass die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen im Landauer Stadtwald nicht ausschreibungspflichtig sind. Besteht eine Ausschreibungspflicht, ist diese durchzuführen und der Vertrag erst nach der Ausschreibung abzuschließen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ND 8 "Gewerbegebiet Am Kreisel Landau-Nord"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehne. Man wolle keine Gewerbegebiete mehr und auch keinen Flächenverbrauch mehr. Dies höre sich wie eine Utopie an, aber die Energiewende sei auch mal Utopie gewesen. Bei diesem Bebauungsplan komme noch hinzu, dass er zusätzliche schädliche Komponente durch die Errichtung eines Autobetriebes und einer Systemgastronomie enthalte. Die Systemgastronomie sei innenstadtrelevant und gehöre als Frequenzbringer auch dorthin.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. **Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkungen Landau und Landau-Nußdorf östlich der Oskar-von-Miller-Straße, südlich der B 10 sowie westlich und nördlich der Straße „Im Grein“ wird zur Schaffung von Baurecht gemäß § 12 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ND 8 „Gewerbegebiet Am Kreisel Landau-Nord“ aufgestellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele und des vom Vorhabenträger erarbeiteten Vorentwurfs (Anlage 2) vorzunehmen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrag zur Planung und Erschließung des Vorhabens vorzubereiten.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorhabenträger gem. § 12 Abs. 2 BauGB über den voraussichtlich erforderlichen Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB unter Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB zu informieren.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Konversion Landau-Süd, Modernisierungsrichtlinie für die Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nach §§ 136 ff BauGB an privaten Gebäuden innerhalb des Anpassungsgebietes „Teilbereich Südstadt“ der Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“, Erneute Beschlussfassung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 13. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Erläuterung, was die Unterscheide zum ursprünglichen Beschluss sei.

Herr Kamplade legte die Unterschiede ausführlich dar.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Die in der Anlage beigefügte Richtlinie zur Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an privaten Gebäuden innerhalb des Anpassungsgebietes „Teilbereich Südstadt“ der Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ wird vorbehaltlich der Zustimmung der ADD beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Gestattungsvertrag zum Bau und Betrieb des zentralen Busbahnhofes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Dem Gestattungsvertrag zum Busbahnhof wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Bebauungsplan C 32 "Fußgänger- und Radfahrerbrücke zwischen Gewerbepark "Am Messegelände" und "Wohnpark Am Ebenberg" - Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 13. November 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Notwendigkeit der Brücke sehe, aber nicht in der geplanten Größe. Der Satzung zum grundsätzlichen Bau der Brücke werde man aber zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt vertrat die Auffassung, dass man keine zweite Brücke brauche. Wenn man Rad fahren wolle, könne man über das Kohlelager fahren.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes C 32 vom März 2012 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom August 2012, dargelegt in der als Anlage 2 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes C 32 vom August 2012 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom Oktober 2012, dargelegt in der als Anlage 3 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Der Bebauungsplan C 32 „Fußgänger- und Radfahrerbrücke“ der Stadt Landau in der Pfalz (Anlage 1) wird in der Fassung vom November 2012 mit seinen textlichen Festsetzungen und Hinweisen beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 10 BauGB).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf den Neujahrsempfang der Stadt am 6. Januar 2013 hin.

Beigeordnete Schlösser gab einen kurzen Bericht zum Zooshop. Seit der Inbetriebnahme des Zooshops am 24. März bis zum 2. Dezember 2012 sei ein Gewinn von 7.555,53 Euro verblieben. Dies sei natürlich noch nicht tragfähig im Vergleich zum Wert des Gebäudes.

Ratsmitglied Casella teilte mit, dass an diesem Morgen um 6.45 Uhr in der Badstraße beim Otto-Hahn-Gymnasium weder geräumt noch gestreut gewesen sei. Er bitte hier um Überprüfung.

Ratsmitglied Lerch berichtete, dass er von mehreren Personen angesprochen worden sei wegen des Busverkehrs im Boulevard Ostbahnstraße. Dort würden deutlich mehr Linienbusse verkehren, dies sei problematisch. Er bitte um Mitteilung, ob dies nur temporär sei oder dem neuen Busfahrplan geschuldet sei.

Der Vorsitzende bestätigte, dass es nach der Ausschreibung mehr Linien seien. Es habe dies aber nichts mit der aktuellen Situation Busbahnhof zu tun.

Ratsmitglied Lerch bat darum, im Arbeitskreis Verkehr einen Erfahrungsbericht zu den neuen Linien zu geben.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich in diesem Zusammenhang, ob auf der Wollmesheimer Höhe Haltestellen gestrichen worden seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass die zutreffend sei. Gestrichen worden seien die Haltestellen, die nicht oder nur kaum genutzt worden seien.

Ratsmitglied Casella wies auf drei Fahrräder hin, die seit Wochen in den Blumenbeeten am Kleinen Platz stehen würden.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.



Die Niederschrift über die 32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 11.12.2012 umfasst 42 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 917.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete